

# **Führungskrise? Aber es geht der Schweiz doch gut**

**Im Fall UBS hat der Bundesrat teilweise gut und teilweise weniger gut gehandelt. Die vernichtende Kritik an seiner Leistung ist massiv überzogen, meint Felix E. Müller**

Seit vielen Jahren gehören Klagen über die «Führungskrise» zu den Lieblingsthemen des Schweizer Polit-Journalismus. Im Umfeld der UBS-Krise und vor allem nach der Publikation des Berichts der parlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu diesem Fall haben diese Stimmen wieder einmal Konjunktur. Der Medienmainstream in der Schweiz überbietet sich geradezu in Disqualifizierungen der Landesregierung; neustens müssen sich ihre Mitglieder gar die Qualifikation «Niete» gefallen lassen.

Würde man diese Kommentare zu ihrem Nennwert nehmen, dann wäre die Schlussfolgerung unvermeidlich, dass sich die Schweiz in einer miserablen Verfassung befinden muss, dass sie wohl noch schlechter dasteht als Griechenland. In Tat und Wahrheit geht es ihr aber deutlich besser als dem Krisenland in Südeuropa – ja die Schweiz steht besser da als die meisten andern Staaten in Europa. Dies trifft insbesondere auf den Zustand der öffentlichen Finanzen zu, den man als sehr solide bezeichnen darf. Im März bekam die Schweiz vom Internationalen Währungsfonds (IMF) gute Zensuren für ihr Krisenmanagement. Das Land habe den weltwirtschaftlichen Einbruch «relativ gut» überstanden und zeichne sich durch klug konzipierte Stabilisierungsmassnahmen aus, lobten die IMF-Experten. Nicht schlecht für ein Land mit einer gravierenden Führungskrise.

Das heisst natürlich nicht, dass alles nur rosa wäre. Gerade bei der Bewältigung der UBS-Krise gibt es neben dem Licht auch Schatten zu verzeichnen. Eine hervorragende Arbeit leisteten Bundesrat und Nationalbank bei der direkten Rettung der Grossbank. Das 60-Milliarden-Paket war beste Schweizer Präzisionsarbeit und fand auch breite internationale Anerkennung. Es half der angeschlagenen Bank über

den Berg und leistete damit einen enorm wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Finanzplatzes und der Schweizer Binnenwirtschaft.

Weniger überzeugend agierte Bern im Konflikt zwischen der UBS und den USA. Im Kern unterschätzten Bundesrat Hans-Rudolf Merz und die übrigen Mitglieder der Landesregierung massiv, wie ernst die Drohungen der USA gegen die Bank und indirekt die Schweiz waren, so dass die Amtshilfeverfahren zur Herausgabe von Kundendaten mutmasslicher US-Steuersünder zu wenig speditiv abgewickelt wurden. Das mündete dann in die Hauruck-Übung mit der Herausgabe von knapp 300 Kundendossiers quasi im Notrecht-Verfahren, was das Bankgeheimnis stark kompromittierte.

Immerhin hat die Landesregierung aus dieser Erfahrung bereits eine Lehre gezogen: Ein neu geschaffenes Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen trägt der Tatsache Rechnung, dass heute Steuer- und Finanzangelegenheiten zentrale aussenpolitische Themen darstellen. Indem der Bundesrat diese neue Abteilung mit dem Spitzendiplomaten Michael Ambühl besetzte, unterstrich er zudem, dass er die Bedeutung dieser Entwicklung endlich erkannt hat.

Zuwenig!, bemängeln die Diagnostiker der Führungskrise, fundamentalere Reformen seien angezeigt. Diese Forderungen sind sicher gut gemeint, aber verkennen eine einfache Tatsache: Schweizerinnen und Schweizer wünschen sich gar keinen speziell führungsstarken Bundesrat. Sie wollen Bundesräte wie Joseph Deiss, Adolf Ogi oder Ueli Maurer: anständig, fleissig, integer, bescheiden, also Politiker, die redlich mit den Problemen ringen und nicht mit Churchillscher Wucht gordische Knoten durchhauen wollen. Denn tief im Schweizer Volk steckt die Überzeugung, dass von visionären Politikern eine grössere Gefahr ausgeht als von schwachen. So falsch liegt es damit nicht, denn das Land ist besser regiert als viele andere Staaten.

Allerdings kritisiert der GPK-Bericht die mangelnde Kommunikation innerhalb der Landesregierung. Da dürften die Parlamentarier wohl den Finger auf einen wunden Punkt gelegt haben. Der heutige Politikbetrieb mit seiner Personalisierung birgt die Gefahr, dass den einzelnen Bundesräten die persönliche Profilierung wichtiger ist als die gemeinsame Anstrengung zur Lösung hängiger Probleme. Aber auch die übertriebene Furcht vor Indiskretionen ist der Gesprächskultur innerhalb der Regierung abträglich.

Nur ist diesem Problem mit strukturellen Massnahmen wohl nur schwer beizukommen – am wenigsten aber mit der von der SVP propagierten Volkswahl des Bundesrats. Sie würde aus dem Bundesrat endgültig ein Gremium von Einzelkämpfern machen, die zur Verbesserung der eigenen Wahlchancen primär gegeneinander kämpfen müssten. Nein, die Erkenntnis ist nicht neu, aber immer wieder neu in Erinnerung zu rufen: Das beste System ist nur so gut wie die Leute, die darin wirken. Hier sollte ansetzen, wer sich um die Qualität der Schweizer Regierung sorgt.